{comments on} Nach einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes von vergangener Woche waren im Jahre 2007 in der Europäischen Union durchschnittlich 17 Prozent, also knapp ein Fünftel der Bevölkerung armutsgefährdet. Dieser Anteil entspricht insgesamt rund 85 Millionen Menschen. Auffällig hohe Armutsgefährdung weisen osteuropäische und die baltischen Länder auf. Am höchsten war die Armutsgefährdung in Lettland. Im Jahr 2007 waren dort 26 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, gefolgt von Rumänien mit 23 Prozent, Bulgarien mit 21 Prozent, sowie Litauen mit 20 Prozent. Dieselbe Armutsgefährdung weisen auch die durch das parasitäre Zinssystem, und der diesem dienstbaren kriminellen und/oder unzurechnungsfähigen nationalen wie europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik derzeit systematisch in den Ruin getriebenen Länder Griechenland und Spanien auf. Dort ist somit jeder Vierte ganz akut von Armut betroffen oder bedroht.

In Deutschland lag die Armutsgefährdung in diesem Jahr noch im mittleren Bereich aller EU-Staaten. 15 Prozent aller Menschen in Deutschland waren von Armut betroffen oder bedroht. Der Schwellenwert für die Bemessung der Armutsgrenze lag im Jahr 2007 bei 10.953 Euro jährlich, und somit bei knapp 913 Euro monatlich. Auffällig ist hierbei, dass in den Ländern, die politisch und ökonomisch mit Deutschland vergleichbar sind, die Armutsquoten zumeist niedriger als in Deutschland waren. Die niedrigsten Quoten hatten die Niederlande mit 11 Prozent und Österreich, Dänemark und Schweden mit jeweils 12 Prozent zu verzeichnen. Auch in Frankreich und Luxemburg mit jeweils 13 Prozent, sowie in Finnland mit 14 Prozent fielen die Quoten moderater aus als in Deutschland.

Verantwortlich dafür ist die in Deutschland in puncto Menschenfeindlichkeit und machtpolitischer Willkür beispiellose Sozialgesetzgebung. Durch die sog. Hartz IV-Gesetze werden unmittelbar Erwerbsarbeitslose in bisher nie dagewesenen Ausmaß entwürdigt, bevormundet, aus der Gesellschaft ausgegrenzt und in Armut getrieben. Darüber hinaus betrifft diese Gesetzgebung jedoch die gesamte Gesellschaft in einem ruinösen Ausmaß. Neben der machtpolitisch kalkulierten und organisierten Polarisierung und Aufhetzung der Menschen gegeneinander, sorgen die Hartz IV-Gesetze insbesondere dafür, dass Löhne und Arbeitsbedingungen in rasantem Ausmaß abnehmen, bei gleichzeitig zunehmender Unterwürfigkeit und Ängstlichkeit der potenziell betroffenen Menschen.

Die gesamtgesellschaftlichen Folgen sind insbesondere steigende Armut und in der Folge weniger Kaufkraft, die ihrerseits den Verfall industrieller Strukturen, sowie die Zentralisierung von Machtstrukturen durch zunehmende privatwirtschaftliche Monopolisierung beschleunigt. Der Rückgang traditioneller Produktions- und Lohnarbeitsstrukturen ist ein durch technologischen Fortschritt und Rationalisierung maßgeblich bedingter natürlicher und notwendiger kapitalistischer Prozess, der für die traditionellen bürgerlich-liberalen und linken Geisteshaltungen und machtpolitischen Konzeptionen und Programmatiken jedoch ein massiver Dorn im Auge ist. Die sowohl propagandistisch-psychologische als auch ökonomische Aufrechterhaltung von Erwerbsarbeit als gesellschaftlicher Lebenssinn ist eines der fundamentalen liberalen Herrschaftsdogmen und -prinzipien.

Erwerbsarbeit als zentrales gesellschaftliches Lebensdogma hält Menschen beschäftigt und abgelenkt, und dementsprechend unterwürfig und ergeben, gegenüber sich damit legitimierenden herrschenden Eliten. Desweiteren erlauben sie die Bildung von gesamtgesellschaftlich durchdringender Abhängigkeit und Hierarchisierung, sowie von Neid und

Missgunst der Menschen untereinander, welche die Strukturen der Unterordnung unter autoritäre Gesellschafts- und Staatsorganisationen verstärken. Ganz besonders die moralistischen Ideologien, welche die Notwendigkeit der Erwerbsarbeit mittels faschistoider Gesellschaftskonzeptionen legitimieren, führen zu einem hohen Grad emotionaler Labilität und Manipulierbarkeit, und in der Folge zu Unterwürfigkeit und Selbstaufgabe. In zunehmendem Maße wird Erwerbsarbeit durch staatliche Subventionen, Steuern, Schulden, Niedriglöhne sowie Kurz- und Zwangsarbeit aufrecht erhalten, welche die steigende Tendenz zur schleichenden gesamgesellschaftlichen Verarmung machtpolitisch gewollt fördern.

Dass diesen Herrschaftsstrukturen diametral entgegen gerichtete Gesellschaftskonzept ist das Bedingungslose Grundeinkommen. Die staatlich garantierte, bedingungs- und leistungslose, und somit von traditioneller Erwerbsarbeit entkoppelte Auszahlung einer über der Armutsgrenze liegender, und somit Existenzsichernder Transferleistung führt zu einer individuellen wie kulturellen und politischen Emanzipation der Menschen. Diese begünstigt die Entwicklung freiheitlicher, und dementsprechend auch demokratischer Strukturen auf der gesellschaftlichen Ebene, sowie von wesentlich freieren, selbstbestimmteren und umfassenderen Tätigkeitsmustern, als die statischen, eindimensionalen und instabilen Erwerbsarbeitsstrukturen klassisch industrieller Prägung, auf der ökonomischen Ebene. Damit werden nicht länger ökonomisch überflüssige und parasitäre Erwerbsarbeit, sondern Würde und Freiheit des Menschen vom Staat "subventioniert".

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen erfordert und impliziert und demokratisches Staatsverständnis, und ein somit diametral unterschiedenes von den derzeit etablierten autoritären und alimentierenden Obrigkeitsstaaten. Das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens basiert nicht auf einer Umverteilung von oben nach unten zu Lasten von Produktion und Kapitalverwertung, sondern auf einer diese unterstützenden Neuverteilung des bereits vorhandenen Wohlstandes im Rahmen der Gleichwertigkeit, Freiheit und Würde aller Menschen. Die Armut und Arbeitslosigkeit mit einem Schlag eliminierende Grundeinkommengesellschaft verfügt über eine flächendeckende Kaufkraft, die ihrerseits sowohl eine Bedarfs- und Ressourcengedeckte Ökonomie unterstützt und fördert, als auch die individuelle Entfaltung sowie gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe der Menschen. Lesetipp:

[Das](#)

[Bedingungslose Grundeinkommen](#)